DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

B. Berichte

B.8. Bericht der Landesschiedskommission an den Landesparteitag an den 16. Landesparteitag 1. Tagung

Einreicher*innen: Landesschiedskommission

Liebe Genoss:innen,

der zuletzt im Herbst 2019 gewählten Landesschiedskommission gehörten die Genoss:innen Klaus Bartl, Petra Franz-Bohn, Benjamin Keckeis, Annekatrin Klepsch, Sinah Al-Mousawi, Heinrich Ruynat und Tilo Wirtz an. In der konsitutierenden Sitzung wurde Tilo Wirtz mit dem Vorsitz und Sinah Al-Mousawi mit dem stellvertretenden Vorsitz betraut.

Die Landesschiedskommission arbeitete unter nicht einfachen Bedingungen. Da in Folge der Pandemiemaßnahmen Präsenzsitzungen in den letzten zwei Jahren weitgehend ausgeschlossen waren, mussten die Grundlagen geklärt werden, unter denen sich die LSK rechtssicher online treffen kann. Dies spielte sich mit der Zeit ein. Verfahrenserleichternd trat hinzu, dass das früher strenge Papierverfahren inzwischen nach Ermunterung durch die Bundesschiedskommission unter Zustimmung der Verfahrensbeteiligten digital durchgeführt werden kann. Nachdem sich die Vorgänge von der Präsenzsitzung in Dresden hin zu Onlinekonferenzen eingespielt hatte, tagte die LSK in etwa monatlich.

Gleichwohl dringende Entscheidungen immer abgesichert werden konnten, will die Landesschiedskommission in ihren abschließenden Beschlüssen schneller werden, damit die Verfahrensbeteiligten möglichst zeitnah zu einer Entscheidung kommen. Allerdings ist die LSK 2019 schon nicht voll besetzt gestartet, eine Position blieb vakant. Dann sind die der LSK angehörenden Genoss:innen politisch in der Partei DIE LINKE und auch in öffentlichen politischen Gremien sehr aktiv, hinzu kommen berufliche und familiäre Verpflichtungen und Bindungen sowie Examina im Studium und leider auch schwere Langzeiterkrankungen, wodurch Beschleunigungen in der Bearbeitung von Anträgen schwer zu realisieren waren. Die öffentlichen politischen Verpflichtungen von Angehörigen der LSK betreffen die Mitgliedschaft in Kommunalparlamenten und eine Beigeordnete.

Auf der anderen Seite sind Verfahren auch lang, weil die aufgeworfenen Fragen komplex sind und neben einer Bewertung der Anträge und Gegenanträge auch eine Ermittlung in der Sache notwendig ist. Allen Verfahrensbeteiligten muss rechtliches Gehör gewährt werden und Gelegenheit, auf die Schriftsätze der Gengenseite zu reagieren. Auch ist intendiert durch die Bundesschiedskommission der formale Anspruch an Beschlüsse der LSK immer höher geworden und steht in Aufbau und Inhalt einem Urteil eines öffentlichen Gerichtes kaum noch nach, nur dass in der LSK überwiegend bis auf zwei keine ausgebildeten Jurist:innen tätig sind. Neben den Sitzungen ist der Aufwand zur schriftlichen Abfassung eines Beschlusses vergleichsweise sehr hoch.

Zur Beschleunigung der Verfahren käme eine Delegation von formalen Aufgaben wieder mehr in die Landesgeschäftsstelle in Betracht und eine weitere Digitalisierung von Vorgängen wie die Fassung von Umlaufbeschlüssen, was allerdings eine klare Rechtslage voraussetzt.

In einer Angelegenheit wurde die Landesschiedskommission um eine rechtliche Bewertung gebeten. Die Landesschiedskommission kam dem nach, möchte allerdings nicht, dass sich dies verstetigt, da dies gemäß Schiedsordnung nicht ihre Aufgabe ist. Anträge müssen eigentlich einen beschlussfähigen Antrag enthalten und nicht um eine Bewertung oder ein Rechtsgutachten ersuchen. Würde die durch die LSK

abgegebene Bewertung Gegenstand eines Verfahrens, wäre die LSK dann befangen, da sie sich ja in der Sache bereits früher festgelegt hätte.

Schwerpunktmäßig gliederten sich die Anträge in Überprüfungen von Wahlen, Formalia von Landesparteitagen und einer LAG und zwei Ausschlussanträgen.
Abschließend dankt die Landesschiedskommission den Genoss:innen, denn die Anzahl der Fälle blieb am Ende doch überschaubar, was für die Streitkultur und die Einhaltung der Formalien im Landesverband spricht. Am Ende ist bewährte Praxis, dass politische Auseinandersetzungen am besten fair und offen inhaltlich politisch ausdiskutiert werden und nicht formal von Schiedskommissionen zu entscheiden sind.